

Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 72. Sitzung, 26. November 2015 zum Thema: „Aktuelle Stunde – zum Antrag der Linksfraktion: Zweiter Nachtragshaushalt für das Land Berlin für das Jahr 2015“

### **Herr Präsident! Meine Damen und Herren!**

Das ist jetzt aber eine merkwürdige Debatte. Die zweite Lesung des Haushalts steht uns doch noch bevor. Ich will deswegen versuchen, zu diesem Antrag zurückzukehren und würde Ihnen in einer Sache, Kollege Schneider, recht geben. Der unmittelbare praktische Nutzen des Antrags ist angesichts der zumindest kurzfristig sehr entspannten Haushaltssituation in Berlin gering.

[Torsten Schneider (SPD): Das ist aber nett, Jochen!]

Der Haushaltsentwurf des Senats ist derart aufgeblasen, dass sich auch ohne Überleitung von Überschüssen von diesem Jahr ins nächste, genug Positionen finden, die wir zugunsten von Investitionen umschichten können und in unserem Antrag auch werden. Das heißt, wir brauchen das Geld, von dem hier bei Frau Schmidt die Rede war, in diesem Jahr eigentlich gar nicht und können dennoch eine vernünftige Politik machen.

Unsere Fraktion wird dennoch für den Antrag stimmen, weil man den Grundgedanken, Herr Schneider, nicht oft genug betonen kann: Unterlassene Instandhaltung ist eine besonders teure Form der Verschuldung. Jedes Schlag-loch ist auch ein Haushaltsloch und jedes kaputte Schul-dach ist zugleich ein Haushaltsdefizit, das geschlossen werden muss.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN – Beifall von Heiko Herberg (PIRATEN)]

Man muss deswegen also auf die Gesamtentwicklung von Liquidität, Schulden und Vermögen gucken und nicht nur auf den Finanzierungssaldo des Kernhaushalts schauen, wenn man ein zutreffendes Bild der realen Finanzlage gewinnen will. Es gibt da – wir haben hier oft darüber gesprochen – Tausend und eine Möglichkeit, den Landeshaushalt auf Kosten des Landesvermögens vordergründig zu entlasten. Unterlassene Instandhaltung, wie gesagt, aber auch Privatisierungen und Kapitalentnahmen bei den Landesunternehmen, wie Sie es offensichtlich bei der BSR wieder vorhaben, gehören dazu. Kaum eine dieser Operationen wurde in den letzten 25 Jahren unter den wechselnden Regierungen von CDU, SPD, aber auch von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, unterlassen. Seit der Wiedervereinigung wurden nicht nur 60 Milliarden Euro Kreditmarktschulden im Kernhaushalt angehäuft, es wurde auch ein Sanierungsstau von round about 12 Milliarden Euro zugelassen, und obendrein wurde Vermögen im Wert von mehr als 16 Milliarden Euro versilbert und für laufende Zwecke verbraucht. Dabei entfielen, nur um Ihre Erinnerung aufzufrischen, rund 2,5 Milliarden Euro auf den Verkauf von Immobilien, 5,3 Milliarden Euro auf den Bankverkauf und 8,5 Milliarden Euro waren Kapitalentnahmen und Privatisierungen anderer Landesunternehmen – GASAG, BEWAG, BWB und GSW, um nur die allergrößten zu nennen. Die Partei der Tilgung und der Rekommunalisierung war da immer mit vorne dabei.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN – Beifall von Fabio Reinhardt (PIRATEN) – Heidi Kosche (GRÜNE): Jawoll!]

So hat sich insgesamt die finanzielle Situation Berlins in den letzten 20 Jahren um rund 90 Milliarden Euro verschlechtert und nicht nur um die 60 Milliarden Verschuldung im Kernhaushalt. Dabei ist die Zukunftsblindheit der unterlassenen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, die ungefähr 50 Milliarden Euro betragen müssten, noch gar nicht eingerechnet.

Der vorliegende Antrag legt an dieser Stelle schon den Finger in die Wunde. Deshalb unterstützen wir ihn. Wir müssen nicht nur die Schuldenbremse umsetzen, Herr Schneider, und die Verschuldung im Kernhaushalt stop-pen, sondern wir müssen gleichermaßen den Verfall der öffentlichen Infrastruktur

und den Ausverkauf des Landesvermögens entgegenzutreten. Das ist ein höchst anspruchsvoller Dreiklang in der Haushalts- und Vermögenspolitik, den wir gemeinsam zuwege bringen müssen, zumal unsere Stadt wächst und durchgreifende ökologische Modernisierung der Infrastruktur erforderlich wird. Da haben wir in Berlin etwas aufzuholen. Wir haben in der ersten Lesung zum Haushalt darüber gesprochen. Wir Grüne wollen in diesem Haushalt wenigstens Grundlagen legen.

Wir veranschlagen zusätzlich 100 Millionen Euro für die Sanierung des Gebäudebestandes, damit mindestens die vom Parlament und innerhalb der BIM längst beschlossenen Maßnahmen auch durchgeführt werden können. Wir wollen die Ausgaben für den Radverkehr auf 30 Millionen Euro verdoppeln.

[Torsten Schneider (SPD): Jetzt redest du selbst zum Haushalt!]

Ich rede aber über Investitionen und nicht über Kitagebühren und sonst etwas.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Berlin hat einen großen Rückstand in der Fahrradinfrastruktur aufzuholen. Wir müssen das Radwegenetz aus-bauen, und wir wollen zunächst auf zwei Radrouten schnelles und sicheres Fahren quer durch die Stadt er-möglichen. Wir wollen Fahrradparkhäuser an stark frequentierten ÖPNV-Knotenpunkten bauen und am Ost-kreuz und am Hauptbahnhof damit anfangen. Radfahren muss sicherer werden. Die Radfahrer müssen runter vom Bürgersteig und für Autofahrer sichtbar werden, und wir müssen umgehend damit beginnen, zumindest die zehn gefährlichsten Kreuzungen mit den meisten Toten umzugestalten, die der Senat selbst als solche identifiziert hat.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Sie aber lassen das alles liegen.

Dann bekommen wir 30 Millionen Euro zusätzliche Mittel für den öffentlichen Nahverkehr. Die wollen wir in ein besseres Angebot bei Bahn und Bus investieren. Was aber wollen Sie? – Sie wollen dieses Geld der S-Bahn zur Ertüchtigung ihrer veralteten Züge zuschanzen. Die Berlinerinnen und Berliner sollen also nach dem von der Deutschen Bahn verursachten S-Bahn-Chaos durch die mangelnde Wartung dieser Züge jetzt auch noch die Sache finanziell ausbaden. Ich sage Ihnen: Für die Fahrzeugschäden trägt allein die Deutsche Bahn die Verantwortung – und dabei muss es auch bleiben. Deswegen lehnen wir Grüne Ihren Vorschlag entschieden ab.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir sagen stattdessen: Berlin braucht mehr Stadtgrün. Wir wollen 1 000 grüne Dächer für Berlin, wir wollen mehr Straßenbäume pflanzen, wir wollen – mit Ihnen zusammen, da haben Sie sich bewegt – ein Mischwald-programm umsetzen, wir fordern grüne Innenhöfe, wir wollen 200 Trinkwasserbrunnen in der Stadt errichten.

[Beifall bei den GRÜNEN – Beifall von Marion Platta (LINKE)]

Das ist gut für das Klima, das ist gut für Luft und Wasser, das verschönert das Stadtbild und erhöht unsere Lebens-qualität insgesamt. Eine Großstadt von morgen muss klimaverträglich und ökologisch so gestaltet sein, dass sie wirklich eine lebenswerte Metropole ist.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Zum Schluss vielleicht das Wichtigste: Wir wollen 50 Millionen Euro in die Energiewende investieren. Die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ hat dem Land Berlin empfohlen, einen entschlossenen Kurs einzuschlagen, bis 2030 ganz aus der Kohlekraft auszusteigen und bis 2050 klimaneutral zu werden. Das ist richtig. Sie hat als Mittel zu diesem Zweck vorgeschlagen, einen Titel

für „Energiewende-Investitionen“ im Haushalt ein-zurichten. Der Umweltausschuss hat in seiner ersten Lesung diesen Vorschlag einstimmig übernommen. Aber was machen jetzt die Haushälter von SPD und CDU? – Die streichen im Hauptausschuss diesen Titel wieder heraus. Ich kann nur sagen: Das fängt ja gut an mit dem angeblich neuen Konsens in der Energiepolitik!

[Beifall bei den GRÜNEN – Beifall von Harald Wolf (LINKE) – Buh! von den GRÜNEN]

Wir können das Ziel der ökologischen Modernisierung nur erreichen, wenn wir die überall im Haushalt verstreuten Mittel für Elektromobilität bündeln und das Klimastadtwerk endlich in den Mittelpunkt der Berliner Energiepolitik rücken. Da hat die Linke mit der Eigenkapitalausstattung völlig recht. Dazu sollten wir die Berliner Energieagentur nach unserer Meinung vollständig in Landesbesitz überführen und zum Kern des Stadtwerks machen. Mit dann rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 100 dezentralen Erzeugungsanlagen wäre das Stadtwerk sofort sehr viel handlungsfähiger als heute.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Mit der nötigen Eigenkapitalausstattung könnten wir zum Beispiel die 15 Windräder bauen, deren Errichtung der Senat den Stadtgütern verwehrt hat. Wir könnten die Verwaltungsstandorte in Moabit und am Fehrbelliner Platz mit Blockheizkraftwerken ausstatten, das wäre einmal eine positive Nachricht vom LAGeSo-Campus. Wir könnten in Kooperation mit der BIM in eine intelligente Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung einsteigen.

Ich gebe Ihnen zu – und freue mich auch darüber –: Wir haben viele kleine Erfolge im Verlauf der bisherigen Beratung erzielt, oder man könnte auch sagen, wir haben uns ein Stück gemeinsam aufeinander zubewegt. Ich nenne einmal einen bunten Strauß an Stichworten, weil die Redezeit zu Ende ist.

Unbeschadet dieses Streits über die Kitagebühren, gibt es eine Annäherung beim Thema Kitaqualität. Ich weise aber darauf hin, dass der Trick von Ihnen ist, dass Sie, um den Betreuungsschlüssel um ein Kind zu verbessern, vier Jahre brauchen werden, während unser Vorschlag besagt, dass das in zwei Jahren zu erreichen ist.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN – Beifall von Katrin Möller (LINKE)]

Aus diesen zwei Jahren Streckung haben Sie die 40 Millionen Euro für die Gebührenfreiheit herausgeschnitten. Das war eine schlaue Operation. Die Zahlen sehen auf der Oberfläche ähnlich aus, genau wie Sie das, Herr Schneider, gesagt haben, aber es ist ganz Unterschiedliches im Paket drin.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Aber gut! Wir haben uns über Bürgerämter, außerschulisches Lernen, freie Schulen, Kindertheater, Mädchenfußball, Strategien gegen rechts, Kältehilfe für Wohnungslose, im investiven Bereich über Rettungsstellen, Radschnellwege, Beuth Hochschule, Tierpark, Sportanlagen-sanierung ein wenig aneinander angenähert. Dafür danke ich Ihnen auch. Aber von einem bin ich nach dieser Haushaltsberatung auch weiterhin überzeugt – das habe schon in der ersten Lesung gesagt: Zur Auflösung des umweltpolitischen Reformstaus in Berlin sind wir Grüne dringend nötig. Ohne uns wird das mit Sicherheit auch in Zukunft nichts.

[Beifall bei den GRÜNEN]